

## **Presseerklärung des kommunalpolitischen Forums Land Brandenburg e. V. vom 25. März 2006**

Der Kämmerer der Stadt Königs Wusterhausen, Herr Jörn Perlick, überraschte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung des kommunalpolitischen Forums Land Brandenburg e. V. am 25. März 2006 in Potsdam, mit dem ersten in Brandenburg fertig gestellten Doppikhaushalt. Neben den über 50 anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigte sich auch die anwesende Referatsleiterin des Innenministeriums, Frau Penzenstadler-Hennig, überrascht. In der weiteren Diskussion zur Umstellung der Kommunalhaushalte von der Kameralistik auf die Doppelte Buchführung in Konten (Doppik) wurde auf das umfangreiche Verfahren aufmerksam gemacht, welches die Erhöhung der Qualifikation der Mitarbeiter der Kämmergeien zu Buchhaltern und zu Finanzbuchhaltern erfordert. Was sicher auch zu höheren Aufwendungen in den Kommunen führen wird. Die Vertreter des Landkreises Dahme-Spreewald, Herr Hunger und die Projektleiterin Frau Keil, stellten den Prozess der Umstellung auf Landkreisebene dar und verwiesen darauf, dass es langfristiger strategischer politischer Entscheidungen bedarf, damit Verwaltung entsprechend über drei Jahresplanungen arbeiten kann. Alle Beteiligten erklärten, dass die Umstellung auf Doppik nur im engen Zusammenwirken von Verwaltungen und Vertretungen zu den gewünschten Effekten führt und beide Seiten mit diesen Haushalt künftig hin arbeiten können.

Bei der gleichzeitigen Beratung des kommunalpolitischen Forums zum Thema „Barrierefreies Bauen“ trafen sich mehr als 20 interessierte Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Kommunalpolitik und Betroffene, um den Entwurf der DIN 18030 „Barrierefreies Bauen“ zu diskutieren. Frau Baasch (Architektin der Landesarchitektenkammer des Landes Brandenburg) machte deutlich, dass die bisher dafür vorhandenen zwei DIN-Vorschriften zusammengefasst und gleichzeitig erweitert werden sollen. Besonders die praxisnahe Diskussion machte deutlich, dass barrierefreies Bauen einen hohen Stellenwert benötigt und bereits bei den grundlegenden Entscheidungen mehr Beachtung finden muss. Die anwesende Landtagsabgeordnete Ingeborg Kolodzeike machte deutlich, dass Architekten im Zuge der Weiterbildung innerhalb ihrer Kammer verstärkt dieser Problematik widmen müssen. Weiterhin führte sie in diesem Zusammenhang aus, dass bei Fördermittelvergabe seitens des Landes genau auf diesen Weiterbildungsnachweis nicht verzichtet werden kann. Des Weiteren ist erforderlich, dass bei den Studiengängen für Architekten, Planer und Bauingenieuren, Pflichtvorlesungen mit Zertifizierung zum Barrierefreien Bauen aufgenommen werden müssen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich darüber einig, zum gegebenen Zeitpunkt erneut zu diesem Thema zusammen zu kommen.

Steffen Friedrich  
Geschäftsführer  
06-03-25